



Verein für studentische Anliegen
Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

c/o Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Werftstrasse 1, Postfach 2945
6002 Luzern

vesta@hslu.ch
www.vesta-hslu.ch

Stellungnahme zum revidierten Stipendiengesetz

Der Kantonsrat von Luzern hat dem revidierten Stipendiengesetz zugestimmt und wird damit zum ersten Kanton, der einen Teil der Darlehen zur Ausbildungsfinanzierung an Private auslagert. In Zukunft müssen sich einige AntragstellerInnen bei studienaktie.org vermarkten, um überhaupt studieren zu können. Dieser Schritt stellt die Chancengleichheit in Frage. Es ist eine der grössten Fehlentscheidungen der letzten Jahre im Stipendienwesen und zeigt was es heisst, wenn sich der Bund immer mehr aus der finanziellen Verantwortung zieht.

Ob sich der Luzerner Kantonsrat tatsächlich bewusst war, welche Konsequenzen ein Ja zum neuen Stipendiengesetz haben wird, ist schleierhaft. Es scheint ihn jedenfalls nicht zu stören, dass sich die öffentliche Hand mit diesem Gesetz aus der Verantwortung stiehlt.

Der Kanton stiehlt sich aus der Verantwortung

Der Kanton Luzern scheitert am Versuch, ein chancengleiches Stipendienwesen zu schaffen. Er verweigert sich der Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle mit den entsprechenden Neigungen und Fähigkeiten Zugang zur höheren Bildung haben und lässt Studieninteressierte im Regen stehen. Denn ob sich ein Investor von studienaktie.org tatsächlich für das eigene „Bildungsprojekt“ interessiert, ist unvorhersehbar. Schliesslich lockt studienaktie.org potentielle InvestorInnen mit dem Versprechen einer Rendite, indem am zukünftigen Gehalt der AbsolventInnen partizipiert werden soll. Das Stipendienwesen wird als Markt missverstanden und es wird völlig ausser Acht gelassen, dass Bildung ein öffentliches Gut ist, das nicht gehandelt werden kann.

Dies führt dazu, dass sich Studierende, die von der pseudo-staatlichen Finanzierung abhängig sind, wohl ganz genau überlegen werden, mit welchem Studium sie ihre Schulden sicher und schnell abbezahlen können. Daraus ergibt sich eine Benachteiligung gegenüber finanziell besser gestellten Studierenden, die frei wählen können, welches Studium sie aufnehmen. Ausserdem folgt daraus ein fehlerhafter arbeitsmarktlicher Anreiz, weil die Studieninteressenten sich für diejenigen Studiengänge entscheiden werden, die im Moment zwar eine sichere Arbeitsstelle und einen hohen Lohn garantieren, von denen aber niemand sagen kann, ob sie das in fünf Jahren immer noch tun.

Harmonisierung auf Bundesebene notwendig

Der VSS ist über die Diskussion des Luzerner Kantonsrates konsterniert und appelliert an die Mitglieder des Rates, das Gesetz abzulehnen und für ein chancengleiches Stipendienwesen zu sorgen. Damit endlich auch in Luzern alle die ihnen entsprechende Ausbildung in Angriff nehmen können, gibt es jedoch nur eine Lösung: Die Annahme der Stipendieninitiative und die mit ihr einhergehende dringend notwendige materielle Harmonisierung. Es ist Zeit, dass die Politik Verantwortung übernimmt – weil Ausbildung Zukunft schafft!

Argumentarium zum Referendum

Nein zum Stipendien-Abbau

Erhielten im Jahr 2011 noch 2'285 Studierende Stipendien vom Kanton Luzern, sollen dies neu nur noch 1'550 sein. Die einzelnen BezügerInnen erhalten zwar höhere Beiträge, das nützt aber all denjenigen wenig, die neu gar keine Stipendien mehr erhalten sollen. Der Kanton Luzern steht heute bezüglich Stipendien schon schlecht da, das neue Gesetz würde diese Position zementieren.

Nein zur Privatisierung des Stipendienwesens

Das neue Stipendiengesetz bringt eine teilweise Privatisierung des Stipendienwesens. Private sollen mit staatlicher Unterstützung auf den künftigen Lohn von Studierenden spekulieren können. Diese werden so zum Spekulations- und Investitionsobjekt. Diese "Studentenaktie" ist gar handelbar! Kein anderer Kanton kennt eine gesetzliche Bindung an private Organisationen bei der Ausbildungsfinanzierung.

Nein zum Ausbau der Darlehens-Bürokratie

Die mit dem neuen Stipendiengesetz geplante Verlagerung von Stipendien hin zu mehr Darlehen führt zu einem Schuldenberg am Ende der Ausbildung, hält gerade untere Einkommensschichten von einer Weiterbildung ab und gefährdet die freie Studienwahl. Darlehen bedeuten auch einen enormen Verwaltungsaufwand für den Kanton. Dieses Geld würde man besser in höhere Ausbildungsbeiträge statt mehr Bürokratie investieren.